

# Aargauer Zeitung



Nicoletta della Valle  
Fedpol-Chefin attackiert  
SVP-Präsident für dessen  
1.-August-Rede. Schweiz

Donnerstag, 3. August 2023

AZ 5001 Aarau | Nr. 177 | 28. Jahrgang | Fr. 4.- aargauerzeitung.ch

## 800 Millionen Franken: Die Haushalte zahlen mehr Steuern

Steigen die Löhne, steigen die Steuern. Letztere tun dies aber deutlich stärker, wie Avenir Suisse vorrechnet.

Florence Vuichard

Steigt der Lohn, steigt auch die Steuerrechnung. Doch sie tut das überproportional, wie die Denkfabrik Avenir Suisse in einer neuen Studie ausgerechnet hat. Konkret: Während die Reallöhne zwischen 2010 und 2020 um rund 8,4 Prozent angestiegen sind, wuchs das Volumen der direkten Bundessteuern bei den natürlichen Personen um gut 16 Prozent. Das hat Folgen: Deshalb muss-

ten die Haushalte 2020 ganze 800 Millionen Franken mehr bezahlen, als sie es eigentlich tun müssten, wäre die Bundessteuerlast im Gleichschritt mit den Löhnen angestiegen.

### Die Erklärung liegt bei der «warmen Progression»

Grund für den «überproportionalen» Anstieg bei den Steuern ist die «warme Progression», wie Avenir-Suisse-Studienautor Lukas Rühli erklärt. Heute

greift der Staat bei der «warmen Progression» nicht ein, anders als bei der «kalten Progression». Diese droht, wenn Löhne inflationsbedingt angehoben werden. Deshalb passt der Bund seine Steuertarifstufen auf Basis des Landesindex der Konsumentenpreise jährlich automatisch an. Anders ist die Situation, wenn die Löhne als Folge eines gesamtgesellschaftlichen Produktivitätswachstums auch real steigen. Dann klettern die Erwerbstätigen

automatisch die progressiv ausgestaltete Steuertarif-Tabelle hoch.

Nicht alle Haushalte müssen gleich viel beitragen zum Wachstum des in absoluten Zahlen immer grösser werdenden Steuerkuchens: Die «warme Progression» trifft die Reichsten weniger und die Einkommensschwächsten gar nicht, da diese ohnehin keine Bundessteuern zahlen. «Die Hauptlast trägt der Mittelstand», sagt Avenir-Suisse-Ökonom Rühli. **Wirtschaft**

Kommentar

### Kein Freipass für Trump

Was macht ein Rechtsstaat, wenn er vom mächtigsten Mann des Landes attackiert wird? Er wehrt sich. Es kann nicht sein, dass diese Person, auch wenn sie als Präsident amtiert, einen Freipass bekommt. Die neuste Anklage gegen Donald Trump ist folgerichtig. Er muss für sein Verhalten nach der verlorenen Präsidentenwahl 2020 vor Gericht gestellt werden.

Dies wiederum bedeutet nicht, dass es dem Sonderermittler Jack Smith leichtfallen wird, seine Vorwürfe gegen Trump zweifelsfrei zu belegen. Die präsentierte Anklageschrift gegen den republikanischen Präsidentschaftskandidaten ist zwar detailliert ausgefallen. Aber letztlich fehlt ein stichhaltiger Beweis für Smiths Hauptvorwurf: dass Trump nach der Wahl 2020 nicht nur log, sondern wider besseres Wissen auch alle Hebel in Bewegung setzte, damit er fälschlicherweise zum Sieger erklärt würde. Das ist der springende Punkt in diesem Fall – ist es doch auch einem Präsidenten erlaubt, im Amt die Unwahrheit zu verbreiten.

Politisch ist die Anklage Gift für Trump, selbst wenn sich seine Fans nun über eine Hexenjagd beschweren. Denn der Sonderermittler zwingt den früheren Präsidenten dazu, vor Gericht und unter Eid seine abstrusen Thesen über die letzte Präsidentenwahl zu wiederholen. Damit wird er im Wahlkampf 2024 eine Mehrheit der Bevölkerung vor den Kopf stossen. Denn die meisten Amerikaner wollen wieder über ihre Probleme sprechen, nicht über jene von Trump.



Renzo Ruf  
renzo.ruf@chmedia.ch

### Trump wegen Attacke auf Kapitol angeklagt

**USA** Ex-Präsident Donald Trump muss sich wegen beispielloser Vorwürfe der versuchten Wahlbeeinflussung und der Attacke seiner Anhänger auf das US-Kapitol vor Gericht verantworten. Die bisher schwersten Vorwürfe der Justiz gegen den 77-jährigen Präsidentschaftsbewerber dürften die politisch tief gespaltenen USA 15 Monate vor der Wahl 2024 auf eine harte Probe stellen. Es ist allerdings nicht nur Trump, der den Amerikanern Sorgen bereitet: Sie hadern zunehmend mit dem hohen Alter ihrer Abgeordneten. Besonders nach dem Aussetzer des Republikaners Mitch McConnell vor einigen Tagen ist das Thema Alter in den USA zum Politikum geworden. (chm/dpa)

Kommentar 5. Spalte **Schwerpunkt**

### Gabriela Suter kritisiert Nazi-Vergleich

**Wahlkampf** Die links-grüne Kampagnenorganisation Campax provozierte mit einem Briefkastenkleber, auf dem ein Schaf mit «Fuck Nazi»-Pulli SVP und FDP rauskickte. Die Botschaft: Keine SVP-Werbung annehmen und auch keine vom Freisinn, weil dieser mit der SVP eine Listenverbindung eingehe. SP-Ständeratskandidatin Gabriela Suter, die von Campax im Wahlkampf unterstützt wird, distanziert sich: «Ich finde das Sujet völlig daneben.» Als Historikerin fände sie Nazi-Vergleiche grundsätzlich ein No-Go. Suter betont, sie habe der Organisation ihre Meinung mitgeteilt. Auch FDP-Präsident Thierry Burkart geisselte die Campax-Kampagne und sprach von «verachtenswerter Polit-Propaganda». (roc.) **Region**

### Vegan im Rüeblikanton



Vegetarisch – das schafft mittlerweile jedes Restaurant. Aber wo im Aargau gibt es gute Angebote für Veganer? Die AZ hat sie gefunden – zum Beispiel bei Katarina Adamcova im Café Florina, das zum Gartencenter Huplant in Hirschthal gehört. **Region**

Bild: Mathias Förster

### Suchtklinik im Hasel baut aus

**Gontenschwil** Die Von Effinger Stiftung, die in Gontenschwil die «Klinik im Hasel» für Trauma- und Suchterkrankung betreibt, plant einen Neubau für über 18 Millionen Franken. Das Baugesuch dafür liegt aktuell auf. Damit soll nicht nur die Infrastruktur modernisiert, sondern auch die Kapazität für die Versorgung von Patienten erhöht werden. (nah) **Region**

